

Rede von Jochen Borchert zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (Berlin, 18. Januar 1996)

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 18.01.1996, Nr. 4. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_jochen_borchert_zur_gemeinsamen_europaischen_agrarpolitik_berlin_18_januar_1996-de-95eb78d2-f07d-4b05-bf9c-17c42eda1f58.html

Publication date: 04/09/2012

Rede von Bundesminister Jochen Borchert in Berlin Gemeinsame Europäische Agrarpolitik - Erfahrungen und Perspektiven (18. Januar 1996)

Wie soll es mit der Europäischen Agrarpolitik weitergehen? Mit diesem Thema hat die DLG wieder einmal den Nagel auf den Kopf getroffen. Denn: Die Spannbreite der derzeit diskutierten Vorschläge ist groß, die jeweiligen Auswirkungen auf die Landwirtschaft sind gewaltig. Für die einen geht die gegenwärtige Politik schon viel zu weit: Sie wollen das Rad wieder zurückdrehen, sich vom europäischen Markt abwenden und sich wieder auf die regionale Vermarktung beschränken. Für die anderen ist die Weiterentwicklung des derzeitigen Systems der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik zu wenig zukunftsorientiert. Sie fordern eine totale Liberalisierung des Systems. Das heißt: Quotenregelungen abschaffen, Außenschutz und Preisstützung aufgeben, die Einkommenspolitik von der Markt- und Preispolitik entkoppeln und personengebundene Ausgleichszahlungen einführen.

Also Revolution statt Evolution? Ist der Änderungsbedarf aber wirklich so groß, daß mit der Evolution, der Weiterentwicklung der Agrarpolitik, die Zukunft nicht erfolgreicher bewältigt werden kann? Und überhaupt: Können wir von den kühnen - fast wäre ich geneigt zu sagen: tollkühnen - agrarpolitischen Ideen, die zur Zeit angedacht oder besser: veröffentlicht worden sind, tatsächlich eine Verbesserung der Lage der Landwirtschaft in Deutschland von Bayern bis Mecklenburg-Vorpommern und vom Saarland bis Sachsen erwarten? Welche Konsequenzen hätte dies für unsere Landwirte, für unsere Landwirtschaft und - immer wichtiger - für unsere Kulturlandschaft?

Die Antwort auf diese Fragen hängt entscheidend davon ab, welche gesellschaftspolitische Bedeutung der Landwirtschaft beigemessen wird: Ist die subventionierte Landwirtschaft ein "schwerer Klotz" am Bein wirtschaftlicher Entwicklungen, ein Klotz, den wir als hochindustrialisierte, weltoffene Handelsnation abschütteln müssen oder den wir allenfalls widerwillig mitschleppen? Oder ist die Landwirtschaft mit ihren vielfältigen gesellschaftlichen Leistungen unverzichtbar? Leistungen, die ohne Zweifel nicht umsonst zu haben sind. Für mich steht außer Frage, daß unsere Gesellschaft ohne die Landwirtschaft und ihre Leistungen nicht auskommt.

Wie aber soll die Landwirtschaft aussehen? Soll sie kleinstrukturiert, fortschritts- und technikfeindlich und marktisoliert sein, so daß sie also nur in völliger staatlicher Abhängigkeit betrieben werden kann? Wir alle wissen, daß es gesellschaftliche und politische Strömungen in unserem Lande gibt, die davon träumen. Oder brauchen wir eher eine unternehmerische, markt- und umweltkonforme Landwirtschaft? Für mich steht die Antwort fest: Ich bin für eine unternehmerisch orientierte Landwirtschaft, die sich den Herausforderungen des Marktes und den Verpflichtungen zur Bewahrung der Schöpfung zu stellen vermag.

Wenn Sie mir so weit folgen, können wir auch die politischen und ökonomischen Schlußfolgerungen ziehen. Das heißt: Einer solchen leistungsfähigen Landwirtschaft ist weder mit einer völligen Liberalisierung der Märkte, noch mit einer überholten Kleinbauernideologie zu entsprechen. Deshalb brauchen wir - aus deutscher Sicht - für die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik eine verantwortungsbewußte Strategie des mittleren Weges. Unter einer Strategie des mittleren Weges verstehe ich, daß wir die vorhandene Agrarpolitik und ihre Wirkung auf die Märkte prüfen und - falls erforderlich - Anpassungsschritte, die groß genug sind, vornehmen. Und: Unter verantwortungsbewußt verstehe ich, daß wir die Agrarpolitik nur so ändern, daß sie auch den Interessen der deutschen Landwirtschaft entspricht.

Die DLG-Wintertagung bietet sich mit ihren praxiserfahrenen, kompetenten und zugleich kritischen Diskussionsteilnehmern geradezu an, über das ob, wie und wann der zweifellos unverzichtbaren Anpassungsschritte offen zu diskutieren. Ziehen wir eine kurze Bilanz der Europäischen Agrarpolitik: Mit Garantiemengenregelung Milch und Agrarreform ist es gelungen, die Überschußproduktion zurückzuführen, die Marktordnungskosten zu begrenzen, eine flächendeckende Landbewirtschaftung - auch in den benachteiligten Gebieten - sicherzustellen und die GATT-Auflagen zu erfüllen.

Die Europäische Agrarpolitik läuft also schon seit Jahren weg von der teuren, einkommenspolitisch ineffizienten Intervention, hin zu mengenbegrenzenden Maßnahmen gegen Einkommensausgleich und hin

zu einer stärkeren Berücksichtigung des Umwelt- und Naturschutzes. Aus Sicht der Märkte sind unsere Erfahrungen im großen und ganzen gut. Aus Sicht der landwirtschaftlichen Einkommen haben wir - zumindest in Deutschland - unser Ziel eindeutig nicht voll erreicht. Die Ursache hierfür ist nicht in der Grundkonzeption der Europäischen Agrarpolitik zu suchen, sondern in der Anwendung ihrer Steuerungsinstrumente, die nach unseren Vorstellungen - ich erinnere nur an die stetigen Absenkungen der Exporterstattungen bei Rindfleisch - zu wünschen übrig läßt.

Ganz entscheidend für die unbefriedigende Einkommenssituation sind aber auch die unzureichenden Strukturen in der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft. Überlagert werden diese strukturellen Probleme von den kurzfristig negativen Konsequenzen der europäischen Währungsverschiebungen. Allerdings müssen auch unsere Konkurrenten, beispielsweise die Dänen, die Holländer, die Belgier oder die Österreicher, mit diesen Belastungen fertig werden.

Da also die agrarpolitische Grundkonzeption stimmt, wollen wir diese Agrarpolitik im Grundsatz auch beibehalten. Wir wollen aber eine Evolution - und zwar in dem Maße, wie sich die Rahmenbedingungen verändern. Auch Kommissar Fischler hat ein Strategiepapier zur Fortentwicklung der Agrarpolitik im Hinblick auf die neue WTO-Runde und die Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Länder vorgelegt.

Dieses Strategiepapier enthält durchaus positive Ansätze, beispielsweise die Schaffung einer integrierten Politik für den ländlichen Raum, die Vereinfachung der komplizierten Reform-Vorschriften oder aber mehr Freiraum für die Mitgliedstaaten, und hier denke ich vor allem an die flankierenden Maßnahmen und an die Verteilung von aufwertungsbedingten Beihilfemaßnahmen. Diese Ansätze greife ich gerne auf. Die EU-Kommission kommt darüber hinaus aber zu dem Schluß, daß eine Vertiefung und Ausweitung der Agrarreformpolitik notwendig sei. Sie fordert eine sehr weitgehende Entkoppelung von Preis- und Einkommenspolitik, verbunden mit weiteren Stützpreissenkungen. In welchen Produktbereichen und in welcher Höhe Preissenkungen erfolgen, ob sie voll oder nur teilweise ausgeglichen werden sollen und wie die Milchquotenregelung weiterentwickelt werden soll, das sind Fragen, die das Strategiepapier - wohl bewußt - noch offenläßt. Dieser Themenkomplex wird sicherlich ein Schwerpunkt in unserer Diskussion sein, nicht nur heute auf der DLG-Wintertagung, sondern auch in Zukunft.

Kein Zweifel: Welche Lösung auch immer das Ergebnis der Diskussion sein wird: Nach meinem politischen Verständnis müssen zuerst die vorhandenen Instrumente voll, sinnvoll angewandt werden, statt sehr früh - ich meine zu früh - über alles, was sonst noch theoretisch machbar erscheint, öffentlich zu diskutieren. Denn der vorschnelle Ruf nach Neuem bringt der Landwirtschaft nichts und verunsichert die Bäuerinnen und Bauern. Dies gilt in besonderem Maße auch für die neuerlich erhobene Forderung einer renationalisierten, stärker national finanzierten Agrarpolitik.

Ich kann vor der Fortsetzung dieser Diskussion nur warnen! Denn: In Kreisen, die der Stützung landwirtschaftlicher Einkommen eher kritisch gegenüberstehen, erweckt eine solche Diskussion den Eindruck, daß die für die Landwirtschaft verwendeten Finanzmittel vergeudet würden und deshalb gekürzt werden könnten. Ich betone dies gerade auch vor dem Hintergrund der Forderung von Ministerpräsident Schröder, der unseren Bauern die Gelder kürzen will. Für die Bundesregierung steht auf jeden Fall fest: Unsere Landwirtschaft braucht auch in Zukunft eine ausreichende Stützung durch die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik. Etwas anderes ist bei den vergleichsweise ungünstigen Agrarstrukturen in Deutschland nicht vorstellbar. Wir müssen deshalb die EU-Agrarreform weiter vereinfachen und verbessern, aber nicht total umkrempeln.

Vieles an Weiterentwicklung haben wir schon erreicht: Unnötige Vorschriften wurden über Bord geworfen und die Auflagen übersichtlicher und praxisorientierter gestaltet. Ich denke zum Beispiel an die radikal durchforsteten und vereinfachten Vorschriften zur Flächenstilllegung. Aber: Es ist noch vieles zu tun. Auch im Milchbereich. Die Quotenregelung hat sich im Prinzip zur Produktionsbegrenzung bei Milch bewährt. Deswegen hat der Agrarrat auch eine Verlängerung bis zum Jahr 2000 beschlossen. Und: Deswegen werde ich mich auch mit allem Nachdruck für eine Fortführung einer Mengenbegrenzung über das Jahr 2000 hinaus einsetzen.

Wir stehen mit dieser Forderung nicht allein in Europa. Hier haben wir auch Kommissar Fischler auf unserer Seite. Offen ist noch die innere Ausgestaltung der Quotenregelung. Sicher ist: Wir müssen mittelfristig Angebot und Nachfrage wieder in Einklang bringen. Denn die Erfahrungen des vorigen Jahres haben gezeigt, daß Überschüsse die angestrebten Wirkungen der Quote außer Kraft setzen und die Milchpreise unter Druck bringen.

Ich meine: Wenn wir schon eine Quotenregelung Milch haben, dann sollten wir das Instrument auch konsequent nutzen. Mit Blick auf unsere Agrarstrukturen halte ich nach wie vor eine mengenmäßige Anpassung der Milchproduktion - also eine Quotenkürzung gegen Ausgleich - für einen geeigneten Weg zur Verbesserung der Perspektiven in der Milchproduktion. Ich bin aber auch aufgeschlossen für alle ergänzenden Überlegungen zur Weiterentwicklung einer Quotenregelung, die den Staat davon befreien, alles und jedes zu regeln. Auch den neuerlichen Vorschlag von Kommissar Fischler, die Milchquote aufzuteilen in eine A-Quote, die der Binnenmarktnachfrage entspricht, eine B-Quote für den gestützten Export sowie einer C-Produktion für den freien Export auf den Weltmarkt, werde ich sehr genau prüfen und mit meinen Kollegen in Brüssel sowie mit dem Berufsstand eingehend diskutieren.

Ich würde es für unverantwortlich halten, wenn wir uns heute den notwendigen Diskussionen um die Weiterentwicklung der Milchquotenregelung verschließen würden. Deshalb müssen wir - und damit spreche ich die Landwirte, den Berufsstand, die Molkereiwirtschaft und die Politiker an, jetzt alle Vorschläge zur Weiterentwicklung der Quotenregelung intensiv prüfen, ob sie tatsächlich bessere Ergebnisse für den Milchmarkt erwarten lassen als die Fortführung des bisherigen Systems, wie die Auswirkungen auf Landwirtschaft und Molkereien sein werden - in Deutschland sowie in der EU - und inwieweit diese Modelle in Brüssel mehrheitsfähig sind. Die DLG-Wintertagung greift diese Fragen auf.

Ich wünsche mir, daß die heutige Veranstaltung der Diskussion um die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik - und hier konkret der Garantiemengenregelung Milch, den marktsteuernden Instrumenten auf dem Rindfleischsektor, den Instrumenten auf dem Getreidesektor, zusätzliche Impulse gibt. Dabei müssen wir uns im klaren sein, daß alles, was wir heute an Vorschlägen zur Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik auf den Verhandlungstisch legen, morgen von den mittel- und osteuropäischen Ländern mit ihrem Beitritt zur Europäischen Union übernommen werden muß.

Die richtige Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Zukunft der Landwirtschaft in Europa. Staatliches Bemühen ist jedoch nicht alles. Vorwärtsgerichtetes unternehmerisches Handeln ist viel entscheidender für die einzelbetriebliche Entwicklung. Die Betriebe in der Land- und Ernährungswirtschaft müssen vor allem Anstrengungen zur Verminderung der Produktionskosten und zur Steigerung der Vermarktungseffizienz unternehmen. Dort, wo die Betriebe auf sich allein gestellt sind, ist die stärkere überbetriebliche Zusammenarbeit eine gangbare Alternative.

Die Bundesregierung unterstützt diesen Anpassungsprozeß in der Landwirtschaft. Mit dem Ziel struktureller Verbesserungen haben Bund und Länder im letzten Jahr die einzelbetriebliche Investitionsförderung neu ausgerichtet und finanziell verstärkt. Hier bestand und besteht weiterhin großer Nachholbedarf. Deshalb muß aus meiner Sicht auch 1996 die einzelbetriebliche Investitionsförderung ein Förderschwerpunkt bleiben, damit unsere Landwirtschaft den Anschluß an die europäischen Konkurrenten behält.

Den Anschluß müssen wir nicht nur bei den landwirtschaftlichen Strukturen halten, sondern auch bei den Marktstrukturen - vor allem im Molkerei- und Schlachthofsektor. Denn: Es setzt sich nur der im Markt durch, der auch wettbewerbsfähig ist. Aber: Zur Zeit haben nicht die Verarbeitungsunternehmen, sondern die übermächtigen Handelsketten das Sagen. Sie bestimmen das Marktgeschehen und die Preise. Hier muß schnellstens Abhilfe geschaffen werden. Das ist aber nicht Aufgabe der Politik oder des Staates. Vielmehr sind die Verarbeitungsunternehmen gefordert, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, also bestehende Strukturdefizite abzubauen.

Am Beispiel des Schlachthofsektors möchte ich den dringenden Handlungsbedarf verdeutlichen: Unsere

holländischen Nachbarn haben nach einer massiven Strukturverbesserung, die die Wirtschaft selbst finanziert hat, eine Auslastung von 95 Prozent. Die Auslastung bei uns liegt unter 60 Prozent. Das heißt, wir haben Überkapazitäten, die Geld kosten - Geld, das Schlachthöfen und Landwirten zugute käme. Was wir brauchen, ist eine kostengünstige und schlagkräftige Vermarktung, die mit den starken Handelsunternehmen mithalten kann. Ich habe mich bereiterklärt, der Wirtschaft bei der Suche nach tragfähigen Lösungen moderierend zur Seite zu stehen.

Wir könnten beispielsweise über Strukturkrisenkartelle den vorhandenen wettbewerbsrechtlichen Rahmen zur Kooperation und Zusammenarbeit voll ausnutzen. Die Unternehmen hätten dadurch die Möglichkeit, den erforderlichen Kapazitätsabbau gemeinsam durch enge Zusammenarbeit und gegenseitige Abstimmung vorzunehmen. Darüber hinaus sollten Landwirte und Verarbeitungsunternehmen verstärkt Vereinbarungen treffen und die vertraglichen Bindungen ausbauen. Ich bin überzeugt: Wenn alle Betroffenen offensiv die bestehenden Strukturdefizite angehen, dann schaffen wir es, die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft zu verbessern. Dann könnten wir auch zukünftig mit unseren europäischen Konkurrenten mithalten und unsere Marktanteile sichern und ausbauen.

Soweit mein Beitrag zu Erfahrungen, Meinungen und Perspektiven zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. Mich interessiert natürlich sehr, wie Sie die Dinge beurteilen. Ich weiß: Die DLG-Wintertagung war immer eine gute Plattform für einen fruchtbaren Dialog zwischen unternehmerischen Landwirten, Wissenschaftlern und Politikern. In diesem Sinne wünsche ich der DLG-Wintertagung einen erfolgreichen Verlauf.